Ä2 Einführung einer politischen Geschäftsführung

Antragsteller*in: Julia Burkhardt, Ulrich Kathöfer, Mike Wördemann

Status: Behandelt

Änderungsantrag zu S1

Wir beantragen folgende Ergänzung zum eingereichten Ä1:

Der Vorstand wird zeitgleich aufgefordert, aus seiner Mitte eine Person zu bestimmen, die probeweise die im Antrag genannten Aufgaben einer politischen Geschäftsführung für die Vorstandsperiode übernimmt, ohne satzungsgemäßer Teil des geschäftsführenden Vorstandes zu sein.

Begründung

Es wird viel über das Für und Wider einer politischen Geschäftsführung gestritten. Dabei eröffnet sich viel Misstrauen gegenüber dem amtierenden und zukünftigen Vorstand, obwohl die Position der politische Geschäftsführung eine auf vielen Ebenen gelebte Realität ist.

Um die Diskussion zu entschärfen, gleichzeitig aber nicht weitere 2 Jahre die Überlastung des Vorstandes weiterzuführen, ist ein Testlauf ein probates Mittel. Der Vorstand ist befähigt, selbst über die Zuteilung von Zuständigkeiten zu entscheiden. In diesem Rahmen ist es kein Problem, eine politische Geschäftsführung als „Zuständigkeitsbereich“ einzuführen und entsprechend dieser Person die im Antrag genannten Aufgaben zu übertragen.

Auch wenn es diesem Konzept der basisdemokratischen Tragfläche der KMV mangelt und dadurch die Mitglieder nur mittelbar bestimmen, wem sie diese Aufgaben übertragen möchten, so ist doch allen Seiten ein wenig Genüge getan: Der Vorstand kann sich orientieren und agieren, die Gegner*innen des Antrags können auf die Ideen der Strukturkommission warten.

Zudem ist so sichergestellt, dass die Idee des Antrags behandelt wird. Denn die Strukturkommission wird sich mit vielen Dingen beschäftigen müssen und bestimmt ihre Schwerpunkt laut Antrag selbst. Wenn sie in den zwei Jahren bis zur nächsten Vorstandswahl die Idee der Position einer politischen Geschäftsführung nicht behandeln kann oder noch zu keinem Ergebnis kommt, so ist dies auch wieder vertagt und nichts gewonnen. Ein zweijähriger Testlauf hingegen bringt genug Erkenntnisse, dass einer Diskussion ein neues Fundament gebaut ist. Ebenso wird dadurch sicher gestellt, dass im Falle einer Ablehnung des SK1 das Thema politische Geschäftsführung nicht ad acta gelegt ist.